

---

**Vorsitz: Moldau****761. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 23. Juli 2014

Beginn: 11.05 Uhr

Schluss: 13.30 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Popov

Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach der Vorsitzende im Namen des Forums den Familien der Opfer, die bei dem tragischen Absturz des Fluges MH17 der Malaysia Airlines in der Ukraine ums Leben kamen, sein Beileid aus.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

(a) *Abschuss des Fluges MH17 der Malaysia Airlines in der Ostukraine:* Ukraine (FSC.DEL/139/14), Italien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien und Montenegro; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Georgien, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/138/14/Rev.1), Niederlande (Anhang 1), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 2), Kanada, Russische Föderation, Vereinigtes Königreich, Frankreich

Zur Geschäftsordnung: Kanada

(b) *Ergebnisse des Folgenabschätzungsbesuchs der Geldgeber vom 13. bis 16. Juli 2014 in Moldau:* FSK-Koordinator für Projekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition (Vereinigte Staaten von Amerika), Vorsitz

(c) *Informelle Sitzung zum OSZE Projekt betreffend die Entsorgung gefährlicher Chemikalien in Albanien am 22. Juli 2014:* FSK-Koordinator für Projekte

betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände  
konventioneller Munition (Vereinigte Staaten von Amerika), Deutschland,  
Albanien

- (d) *Groß angelegte militärische Übungen in Aserbaidshan und Armenien:*  
Armenien, Aserbaidshan

Punkt 2 der Tagesordnung: SONSTIGES

*Protokollarische Angelegenheiten:* Spanien, Vorsitz, Deutschland, Zypern

Punkt 3 der Tagesordnung: SCHLUSSERKLÄRUNG DES VORSITZENDEN  
DES FORUMS FÜR SICHERHEITSKOOPERATION,  
BOTSCHAFTER ANDREI POPOV

Vorsitz (FSC.DEL/137/14), Monaco, Malta

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 10. September 2014, 11.00 Uhr im Neuen Saal

---

**761. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 767, Punkt 1 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER NIEDERLANDE**

Herr Vorsitzender,

ich schließe mich der soeben verlesenen EU-Erklärung an und möchte einige Worte in meiner nationalen Eigenschaft anfügen. Lassen Sie mich eingangs all jenen danken, die uns ihr Beileid ausgesprochen haben und mit uns den tragischen Tod von 193 niederländischen Staatsbürgern beim Absturz von Flug MH17 der Malaysia Airlines betrauern. Ich werde nicht wiederholen, was mein Botschafter letzten Freitag im Ständigen Rat oder mein Minister für auswärtige Angelegenheiten vergangenen Montag im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erklärte, doch möchte ich allen anderen Nationen, die aufgrund des schrecklichen Unglücks ebenfalls Verluste zu beklagen haben, mein Beileid aussprechen. Nun gilt unsere ganze Aufmerksamkeit den humanitären Bemühungen um Überführung der sterblichen Überreste der Opfer und die Übergabe an ihre Familien, was heute an diesem nationalen Trauertag geschieht, wenn der erste Flug mit sterblichen Überresten heute Nachmittag in den Niederlanden erwartet wird. Anschließend muss eine unparteiische, unabhängige und internationale Untersuchung zu den Umständen stattfinden, die zu diesem Absturz geführt haben. Sollte im Zuge der Ermittlungen festgestellt werden, dass diese Tragödie durch den Einsatz von Waffen verursacht wurde, werden die Niederlande diese abscheuliche Tat auf das Nachdrücklichste verurteilen und verlangen, dass alle direkt und indirekt Verantwortlichen zur Verantwortung gezogen und vor Gericht gestellt werden. Das ist unsere moralische Pflicht im Gedenken an die Opfer und unsere Pflicht im Sinne des Völkerrechts und der Gerechtigkeit. Mein Land wird nicht ruhen, bis der Gerechtigkeit Genüge getan ist.

Das Unglück ereignete sich über dem Gebiet der Ostukraine, in dem von Russland unterstützte und mit russischem Gerät und russischen Waffen ausgerüstete Separatisten nach wie vor die Region destabilisieren. Noch immer können die wahren Fakten vor Ort kaum überprüft werden, da die Sicherheit der Beobachter der Sonderbeobachtermission und von Teams, die gemäß dem Wiener Dokument tätig sind, nicht gewährleistet werden kann. Kein einziger der sogenannten Fakten, die die Russische Föderation immer wieder ins Treffen führt, kann objektiv verifiziert werden. Offensichtlich ist das Fehlen von Fakten, das von der Sonderbeobachtermission wahrheitsgemäß berichtet wird, als Hinweis darauf zu werten, dass das Team sich keinen Gesamtüberblick verschaffen konnte. Die Russische Föderation scheint ihn zu haben, allerdings ohne ihre Behauptungen belegen zu können. Wie es schon viele Teilnehmerstaaten an diesem Tisch zu wiederholten Malen getan haben, fordern auch wir die

Russische Föderation auf, es zu unterlassen, sowohl in diesem Saal als auch andernorts massive Propaganda zu betreiben, auch durch offizielle Mitteilungen wie die Nachricht CBM/RU/14/0102/F41/O.

Die Russische Föderation sollte damit beginnen, dass sie gemäß dem Wiener Dokument Teams auf russisches Hoheitsgebiet einlädt, um vor Ort soweit nur irgend möglich Fakten zu ermitteln, und die Sonderbeobachtermission und Teams nach dem Wiener Dokument bei der Verifizierung der Fakten auf ukrainischem Boden unterstützt, indem sie ihren Einfluss auf die Separatisten dahingehend geltend macht, dass Schutz und Sicherheit für die Durchführung einer vollständigen Beobachtung gewährleistet sind. Die Ukraine tut schon jetzt ihr Möglichstes, Vertrauen aufzubauen und sichere und transparente Bedingungen zu schaffen. Es ist in keiner Weise hilfreich, ständig auf Flüge „Offener Himmel“ oder frühere, weniger relevante Inspektionen in der Ukraine und in Russland zu verweisen und zu versuchen, sich als Unschuldslamm dazustellen, wie dies in Absatz 4 der oben angeführten Erwiderung Russlands auf die Klarstellungen der Ukraine der Fall war. Es wird sogar behauptet, der Besuch einiger Militärattachés in der Region Rostow, der eigentlich die keineswegs eindeutigen Folgen einer Granate erheben sollte, die sich auf russisches Hoheitsgebiet verirrt haben dürfte, hätte irgendetwas mit einer Verifikation von Truppenteilen der Streitkräfte der Russischen Föderation zu tun. Leider muss ich sagen, dass die russischen Organisatoren an diesem Tag eine große Chance verpasst haben. Auch nach wiederholten Ersuchen der Militärattachés, ein nahe gelegenes Übungsgebiet zu sehen, um zu verifizieren, dass sich dort keine Truppen befinden, wurde diese Inspektion, die die russischen Behauptungen hätte untermauern können, vom russischen Gastgeber kategorisch abgelehnt. Wenn Flüge oder Inspektionen „Offener Himmel“, die weder in Bezug auf das Datum noch auf die Zeit von Relevanz sind, keinen direkten Beweis für von einer Partei als wahr behauptete Fakten liefern, bedeutet das noch nicht, dass die behaupteten Fakten falsch sein müssen. Um seine Unschuld zu beweisen, bedarf es größtmöglicher Offenheit und Transparenz, wozu auch gehört, dass man vor Ort mithilft, um dem Anspruch der Unparteilichkeit Genüge zu tun und Beweise für die behaupteten Fakten zu finden.

Und ja, das gegenwärtige System von Inspektionen nach dem Wiener Dokument, das allzu oft dazu benützt wurde, lediglich Friedensstandorte von Truppenteilen zu überprüfen, anstatt ungewöhnliche oder unvorhergesehene militärische Aktivitäten zu beobachten, muss wohl tatsächlich verbessert werden. Das gesamte Wiener Dokument enthält Elemente, die nach 20 Jahren des Gebrauchs aktualisiert und modernisiert werden müssen. Aber anstatt diesen Umstand zu nutzen und konstruktive Änderungen am Wiener Dokument zu unterstützen, beschränkt sich die Russische Föderation in Absatz 5 ihrer Mitteilung darauf, alle die professionellen Teams, die sich gemeinsam mit den ukrainischen Behörden streng an die geltenden Verfahren hielten und dabei erwartungsgemäß nur mäßig erfolgreich sein konnten, schlecht zu machen. Die Russische Föderation wäre daher gut beraten, alle Kapitel, insbesondere III, IX und X heranzuziehen, anstatt zu bekritteln, dass Inspektionen nach dem Wiener Dokument in der gegenwärtigen Krise wenig geeignet seien.

Damit komme ich zum letzten Punkt meiner Ausführungen. In der oben genannten Erwiderung der Russischen Föderation auf die Klarstellung spricht die Russische Föderation erneut von der Ausdehnung ihres VSBM-Anwendungsgebiets auf die ukrainische Region Krim und Sewastopol, wie sie das auch in ihrer Erklärung vom 9. April 2014 im FSK tat. Wir werden unseren Standpunkt dazu so oft wie nötig wiederholen und unterstreichen ihn auch hier und heute. Die territoriale Aneignung durch Annexion der Autonomen Republik Krim,

eines integralen Bestandteils der Ukraine, durch die Russische Föderation ist völkerrechtlich null und nichtig. Die Region Krim und Sewastopol ist Hoheitsgebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen. Die Ukraine ist laut einstimmigem Beschluss aller 57 Teilnehmerstaaten an diesem Tisch der einzige Teilnehmerstaat, der in diesem Teil der Anwendungszone alle seine Rechte und Pflichten aus dem Wiener Dokument wahrnehmen kann. Diese Rechte und Pflichten können nicht durch einseitigen Beschluss Russlands aufgehoben werden. Die Niederlande, die den Standpunkt der Europäischen Union teilen, wiederholen ihre nachdrückliche Verurteilung der rechtswidrigen Annexion von Krim und Sewastopol durch die Russische Föderation und werden sie nicht anerkennen. Dieser Satz mag der Russischen Föderation wie ein Ritual vorkommen, doch werden seine Folgen alles andere als ein Ritual sein, wie unschwer aus den gestrigen Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zur Ukraine ersichtlich ist.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und ersuche darum, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

---

**761. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 767, Punkt 1 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Herr Vorsitzender, wir danken Ihnen für Ihre Führung in dieser Frühjahrs-Sitzungsperiode 2014 des FSK. Es war eine Periode, in der Ihr Land und Ihr Nachbarland, die Ukraine, vor eine große Herausforderung gestellt wurden. Unter diesen schwierigen Bedingungen haben Sie den Sicherheitsdialog über ein breites Themenspektrum in diesem Gremium erfolgreich fortgeführt, auch dann noch, als die Ereignisse in der Ukraine unsere ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nahmen. Wir haben in dieser Sitzungsperiode erlebt, wie das Wiener Dokument als Instrument genutzt wurde, um in der aktuellen Krise etwas Transparenz zu schaffen, insbesondere durch die Anwendung der Verifikationsbestimmungen für Vor-Ort-Besuche in der Ukraine und den Einsatz seiner Mechanismen zur Verminderung der Risiken; das zeigt, wie wichtig eine kontinuierliche Implementierung und Modernisierung des Wiener Dokuments ist. Angesichts der Ereignisse im vergangenen Monat ist es von besonderer Bedeutung, dass wir auch mit der kapitelweisen Überprüfung des Wiener Dokuments begonnen haben. Hier wartet noch viel Arbeit auf uns und wir freuen uns darauf, sie in der nächsten Sitzungsperiode des FSK im Herbst fortzusetzen.

In dieser letzten Woche konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit mit gutem Grund auf den Abschuss des Fluges MH17 der Malaysia Airlines. Unser Präsident sprach den Leidtragenden dieser Tragödie, der so viele Menschen unnötig zum Opfer fielen, öffentlich die tief empfundene Anteilnahme des amerikanischen Volkes aus. Alle Anwesenden in diesem Saal fühlen natürlich ganz besonders mit unseren niederländischen Kollegen, befanden sich doch so viele Niederländer auf diesem Flug. Unsere Anerkennung gilt der Sonderbeobachtermission der OSZE, die mit ihrer schweren Arbeit hilft, Ermittlungen zu ermöglichen. Wie Präsident Obama sagte, weist alles darauf hin, dass das Flugzeug von einer Boden/Luft-Rakete abgeschossen wurde, die aus jenem Gebiet der Ukraine abgefeuert wurde, das von den von Russland unterstützten Separatisten kontrolliert wird. Diese Tragödie unterstreicht die Notwendigkeit, dass die Russische Föderation umgehend ihre militärische Unterstützung der Separatisten in der Ukraine einstellen muss.

Seit Ende Februar führte die militärische Aufrüstung Russlands entlang seiner Grenze zur Ukraine, gefolgt von der Besetzung und erklärten Annexion der Krim im März und der zunehmenden Unterstützung der gewaltbereiten Separatisten in der Ostukraine, zu einer Krise in der Region, die bis heute andauert. In den vergangenen drei Monaten dieser Frühjahrs-

Sitzungsperiode reagierte das FSK den Bedürfnissen entsprechend, wobei folgende Punkte zu nennen sind:

- Anwendung von Kapitel III des Wiener Dokuments zur Entsendung von Beobachtermissionen in die Ukraine; die Beobachtergruppen wurden von Dänemark, Polen, Benelux, Deutschland, Kanada, dem Vereinigten Königreich, Schweden und den Vereinigten Staaten geleitet;
- Ersuchen mehrerer Teilnehmerstaaten um Klarstellung ungewöhnlicher militärischer Aktivitäten, die von Russland durchgeführt wurden, und Russlands Nichterscheinen bei Sitzungen, bei denen diese Ersuchen erörtert werden sollten.

Im Einklang mit den Aussagen der Ukraine und einiger anderer betroffener Teilnehmerstaaten hier im FSK gelangten die Vereinigten Staaten zu der Einschätzung, dass Russland die Separatisten in der Ostukraine weiter mit schweren Waffen, militärischer Ausrüstung und Geld versorgt und Kämpfer noch immer ungehindert in die Ukraine ausreisen lässt. Russland zieht weiterhin Truppen an der Grenze zur Ukraine zusammen. Lassen Sie mich die maßgeblichen Fakten durchgehen:

- Im vergangenen Monat entdeckten wir, dass Russland die Separatisten in der Ukraine über die Grenze hinweg mit immer größeren Mengen an schweren Waffen hinweg beliefert. Zwischen dem 11. und 13. Juli schickte Russland den Separatisten einen aus bis zu 150 Fahrzeugen bestehenden Transportkonvoi mit militärischer Ausrüstung, darunter Panzer, gepanzerte Mannschaftstransportwagen, Artillerie- und Raketenabschussrampen. Wir verfügen auch über Informationen, denen zufolge Russland die separatistischen Kämpfer in einer Einrichtung in Südwestrussland ausbildet, unter anderem auch an Flugabwehrsystemen,
- Russland konzentriert weiter beträchtliche Mengen an Ausrüstung an einem Stationierungsort in Südwestrussland, darunter auch Panzer eines Typs, der in den russischen Streitkräften nicht mehr in Verwendung steht, sowie gepanzerte Fahrzeuge, Mehrfachraketenwerfer, Artilleriewaffen und Flugabwehrsysteme,
- Wir befürchten, dass ein Großteil dieser Ausrüstung in die Hände der von Russland unterstützten Separatisten gelangen wird. Wir sind davon überzeugt, dass Russland von diesem Standort aus bereits Panzer und Mehrfachraketenwerfer geliefert hat,
- Informationen zufolge hat Moskau den Separatisten erst vor Kurzem einige Panzer und Artilleriewaffen aus sowjetischer Zeit übergeben,
- Videos in sozialen Medien, die Militärkonvois der Separatisten zeigen, deuten darauf hin, dass Russland die Separatisten vor Kurzem mit mindestens zwei Dutzend zusätzlichen gepanzerten Fahrzeugen und Artilleriewaffen und etwa ebenso vielen Militär-LKW versorgt haben dürfte,
- Am 14. Juli wurden öffentlich zugängliche Videos ins Netz gestellt, die einen Konvoi von Luhansk auf der Straße nach Donezk zeigen, mit mindestens fünf T-64-Panzern, vier gepanzerte Mannschaftstransportwagen BMP-2, BM-21-Mehrfachraketen-

werfern, drei gezogenen Panzerabwehrkanonen, zwei ZU-23-2-Flugabwehr-  
geschützen und vermutlich einem 2B16-Mörser,

- Ein Video von Krasnodon, das am 11. Juli unweit des Grenzübergangs Iswarine aufgenommen wurde, zeigte zwei BTR-gepanzerte Mannschaftstransportwagen, zwei Panzerabwehrkanonen sowie mehrere LKW, die auf einer Straße, die nach Westen Richtung Donezk führt, unterwegs waren,
- Die ukrainischen Streitkräfte haben in den Gebieten, die sie von den Separatisten zurückerobert haben, große Mengen an von Russland zur Verfügung gestellter militärischer Ausrüstung samt Begleitdokumentation entdeckt, die die russische Herkunft der genannten Ausrüstung belegt,
- Fotos zerstörter bzw. zerlegter Ausrüstung der Separatisten in der Ostukraine lieferten zusätzliche Beweise dafür, dass ein Teil dieser Ausrüstung aus Russland stammt,
- Abgesehen davon zieht Russland weiterhin neue Kräfte in unmittelbarer Nähe zur ukrainischen Grenze zusammen. Wir verfügen über Informationen, denen zufolge eine beträchtliche Anzahl zusätzlicher militärischer Truppenteile derzeit ebenfalls an die Grenze verlegt wird.

Nun, da unsere Sitzungsperiode zu Ende geht, möchten die Vereinigten Staaten mit tiefer Enttäuschung daran erinnern, dass in dieser Zeit der Krise einige der Mechanismen, auf deren Einhaltung und Implementierung wir uns alle geeinigt hatten, in Wirklichkeit nicht von allen Teilnehmerstaaten umgesetzt wurden – was dem Vertrauen in dieser Sicherheitsgemeinschaft großen Schaden zugefügt hat. In der Geschichte des Wiener Dokuments gab es noch niemals so viele Fälle, in denen ein Teilnehmerstaat, der über die Sicherheitsentwicklungen in seiner Region besorgt ist, sich auf Mechanismen zur Verminderung der Risiken berief und dessen Ersuchen um Klarstellung von dem Teilnehmerstaat, an den diese Anfragen gerichtet waren, ignoriert und abgetan wurden.

Wir wollen hoffen, dass alle Teilnehmerstaaten in der Herbst-Sitzungsperiode die Arbeit mit neuer Ernsthaftigkeit des Willens und des Bekenntnisses zu kooperativen Sicherheitskonzepten wiederaufnehmen werden. Alle Teilnehmerstaaten müssen wachsam und bereit sein, nach Maßgabe der Lage zu reagieren.